

Gewalt gegen Polizisten und Retter darf kein Tabuthema sein

DPoIG fordert weiterhin Ansprechstelle für Gewalt gegen Polizisten in Thüringen

Gewalt, welcher Natur auch immer, ist ein Thema, das in zunehmendem Maße die Schlagzeilen der Medien dominiert. Dabei geht Gewalt von Menschen aller Bevölkerungsschichten aus und zeigt sich in den verschiedensten Facetten. Oft sind die Konflikte derart unversöhnlich, dass es notwendig wird, Dritte zur Schlichtung herbeizurufen. In einem demokratischen Rechtsstaat ist dies die Polizei.

Doch der Respekt vor unseren Kolleg(inn)en ist längst nicht mehr in dem Maße vorhanden, wie dies noch vor einigen Jahren üblich war. In vielen Fällen richtet sich die Gewalt der einstigen Kontrahenten beim Eintreffen der Polizei gegen unsere Kolleg(inn)en. Aber oft sind es auch Einzelne, welche meinen, ihre angestauten Aggressionen gegenüber der Polizei abbauen zu müssen.

Besonders krass zeigten die Ereignisse zu Silvester, aber auch die jüngsten Ausschreitungen am Braunkohletagebau in Lützerath, dass Gewalt gegen unsere Kolleg(inn)en immer enthemmter ausgeübt wird. Insbesondere die Bilder der Silvesternacht sorgten nicht nur in Polizeikreisen, sondern auch in breiten Teilen der Bevölkerung für Entsetzen. Manche, so scheint es zumindest, entfes-

seln einen regelrechten Krieg gegen die Polizei. Und wer diese angreift, greift gleichermaßen den Staat als Institution an, was viele in der Politik nicht wahrhaben wollen.

Oft werden dann banale Erklärungen und Entschuldigungen für Vorgänge gesucht, welche einfach nicht zu beschönigen sind. Auch eine umfassende Aufklärung zu den Hintergründen, Motiven, und beteiligten Personenkreisen wird lieber unterdrückt, da sie nicht in das politische Weltbild passen. Es wird lieber weggeschaut, da nicht sein kann, was nicht sein darf. Dies leider nicht ohne Erfolg, wie man daran erkennen kann, dass eine entsprechende Berichterstattung und Analyse längst aus den Medien verdrängt wurde.

► Gewalt hat verschiedene Facetten

Es war ein schleichender und sich über einen langen Zeitraum hinziehender Prozess, der Aggressionen und Gewalt in unserer Gesellschaft zu einer alltäglichen Erscheinung werden ließ. So manches Mal kann man sich nicht dem Eindruck entziehen, dass die Menschen es verlernt haben, sich menschlich bei der Lö-



sung von Konflikten zu verhalten. Dies im Kleinen wie im Großen. Zwischenmenschlich funktioniert vieles nicht mehr wie gewohnt. Das ist jedoch nur die eine Seite der Medaille. Gesellschaftlicher Frust richtet sich zunehmend gegen Berufsgruppen, welche als Vertreter des Staates offiziell tätig werden. Die Polizistinnen und Polizisten im Lande sind dabei zu einem besonderen Objekt des Hasses geworden. Hass, der vereinzelt, aber auch in Gruppen ausgelebt wird. Gerade in Gruppen erfährt er schnell eine Eigendynamik, welche sich jedweder Kontrolle entzieht. Gruppen, welche zwar homogen auftreten, sich in ihrer Motivation aber deutlich unterscheiden. Um diesen Trend wieder umzukehren, ist eine Analyse der Tätergruppen unumgänglich.

► Helfer aller Bereiche werden Opfer von Gewalttaten

Doch Erfahrungen mit Gewalt gegen die eigene Person, welche allein dadurch ausgelöst wird, dass Kolleg(inn)en ihren dienstlichen Aufgaben nachgehen, müssen nicht nur unsere Kolleg(inn)en machen. Immer häufiger sind auch Einsatzkräfte der Rettungsdienste, sowie Feuerwehrleute betroffen. Dabei wird das Verhalten Einzelner immer aggressiver, so dass es in vielen Fällen nicht mehr nur bei verbalen Attacken bleibt. Oft kommt auch körperliche Gewalt zur Anwendung.

Es wird getreten, gespuckt, geschlagen, gebissen, und vieles mehr. All dies müssen unsere Kolleg(inn)en neben der ohnehin schon hohen Belastung ertragen. Verschärfend kommt die Tatsache hinzu, dass in einigen Kulturen der Respekt gegenüber Vertretern staatlicher Institutionen wesentlich geringer ausgeprägt ist und die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung wesentlich niedriger liegt. Das ist auch ein Fakt, mit dem die Polizisten im Freistaat leben müssen.

► Resignation und Frustration bestimmen zunehmend den Dienstalltag

Mittlerweile gibt es genügend Beispiele für einen endlos erscheinenden Reigen der Gewalt gegen unsere Kolleg(inn)en. Fragt man bei den Kolleg(inn)en, zu eigenen Erfahrungen mit Gewalt gegen-

Impressum:

Landesverband und Redaktion:
Deutsche Polizeigewerkschaft
Thüringen e. V. unter Vorsitz von
Jürgen Hoffmann (V. i. S. d. P.)
Schwerborner Straße 33
99086 Erfurt
Tel.: 0361.2657097
Fax: 0361.2658959
E-Mail:
presse@DPoIG-Thueringen.de
Twitter: @DPoIGThueringen
ISSN 09 45 – 05 13
Autoren sind in den Beiträgen
bezeichnet und der Redaktion
namentlich bekannt.

über der eigenen Person nach, so kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, dass viele bereits resigniert haben. Oft kommt die Antwort: „Ja, Gewalt habe ich selber schon erfahren, das ist halt so, und mir hilft eh niemand.“ In solchen Antworten schwingt ein gerüteltes Maß an Resignation und Frustration mit. Viele Kolleg(inn)en fühlen sich vom Dienstherrn im Stich gelassen.

► Dienstherr hat auch eine Fürsorgepflicht

Schnell reagierte schon vor Jahren das Land, als es darum ging, eine Vertrauensstelle der Thüringer Polizei einzurichten. Sinn dieser 2017 eingerichteten Stelle bestand wohl eher darin, den Bürgern und Bürgerinnen im Freistaat eine Meldeplattform gegen polizeiliche Maßnahmen oder, wie insbesondere Teile der Linksfraktion nicht müde wurden zu betonen, die Meldung von Polizeigewalt.

Schon bei der Einrichtung dieser Meldestelle fühlten sich viele Kolleg(inn)en brüskiert. Statt sich hinter die Arbeit der Kolleg(inn)en im Dienstalltag zu stellen, wird durch solch eine Maßnahme der Eindruck vermittelt, dass die Polizei eine Institution ist, von der grundsätzlich erst einmal Gewalt ausgeht. Ein Bild, welches immer wieder und gerne von der Polizei gezeichnet wird und welches nicht den Tatsachen entspricht. Sollte es wirklich einmal zu Verfehlungen kommen, so stehen genügend Rechtsmittel zur Verfügung, diese zu ahnden. Dazu bedarf es keiner eigenen Meldestelle.

Das ist im Übrigen auch in anderen Berufszweigen so. Verfehlungen sollen zwar nicht vorkommen, aber auszuschließen sind sie eben auch nicht. Das geschieht, wenn Men-

schen interagieren. Dies nun nur einer bestimmten Berufsgruppe besonders zur Last zu legen und all diejenigen Kolleg(inn)en abzustempeln, welche gewissenhaft ihren Dienst versehen, ist auch eine Form der Diskriminierung.

Genau dies sollte der Dienstherr vermeiden und gezielt solchen Tendenzen entgegenwirken. Eine Beschwerdestelle



bewirkt eher das Gegenteil und hat nach Jahren der Tätigkeit eher den Beigeschmack, dass persönliche Interessen und Affinitäten in den Mittelpunkt gestellt werden. Vielmehr sollte seitens des Innenministeriums darüber nachgedacht werden, nun endlich eine „Ansprechstelle Gewalt gegen Polizisten“ oder noch besser generell gegen Staatsbedienstete ins Leben zu rufen, denn auch Lehrer sind immer stärker Gewalttattacken ausgesetzt.

► Ein Viertel der Staatsbediensteten Opfer von Gewalt

Dass es sich beim Thema Gewalt nicht nur um subjektive Empfindungen handelt, zeigen die kürzlich veröffentlichten Ergebnisse einer Studie zu Gewalterfahrungen im öffentlichen Dienst. Im Ergebnis dieser

ist fast ein Viertel der Staatsbediensteten bereits Opfer von Gewalt geworden. 23 Prozent der Beschäftigten gaben an, bereits Gewalterfahrungen gemacht zu haben, 12 Prozent berichteten sogar von mehreren Vorfällen innerhalb eines Jahres.

Bedenkt man, dass gerade unsere Kolleg(inn)en im Streifen-

dienst allein durch ihre Aufgabenstellung wesentlich häufiger mit gewaltbereiten Menschen konfrontiert werden, so dürfte der prozentuale Anteil der im Dienst gegen die eigene Person gerichteten Gewalt noch wesentlich höher liegen. Beleidigungen und Bedrohungen sind mittlerweile ein steter Begleiter im Dienstalltag.

► DPoIG fordert „Ansprechstelle Gewalt gegen Polizisten“

Dies lässt sich nicht aussitzen, sondern es müssen neben folgenlosen Wort- und Solidaritätsbekundungen auch konkrete Schritte im Kampf gegen diese Form der Gewalt folgen. Ein längst überfälliger und schnell umzusetzender Schritt wäre eine „Ansprechstelle Gewalt gegen Polizisten/Staatsbedienstete“ in Thüringen. Diese sollte es den Kolleg(inn)en

ermöglichen, sich anonym an diese zu wenden, denn nicht jeder Kollege oder jede Kollegin traut sich zuzugeben, dass er oder sie Opfer von Gewalt im Dienst wurde. Allzu schnell kann dies auch als Schwäche ausgelegt werden, was es bei Weitem nicht ist.

Körperliche Gewalt mit erkennbaren Verletzungen lässt sich kaum verbergen. Psychische Gewalt ist da eher subtil und brennt sich langsam ins Gedächtnis ein. Ebenso hinterlassene Spuckattacken ihre Spuren und verletzen unsere Kolleg(inn)en in ihrer Persönlichkeit. Dies ist ein oft schleicher Prozess, welcher in einer Dienstmüdigkeit enden kann, die eine innere Kündigung nicht ausschließt. Abgesehen vom fortwährend anhaltenden und weiter steigenden Krankenstand.

Als gewerkschaftliche Vertretung stehen selbstverständlich die Interessen und Belange unserer Kolleg(inn)en im Vordergrund. Für diese setzen wir uns ein und werden so lange kämpfen, bis Missstände beseitigt werden. Jedoch sollte es auch ein ureigenes Interesse des Dienstherrn sein, dass die Kolleg(inn)en bei steigender Dienstbelastung nicht auch noch weiteren Belastungen ausgesetzt werden.

Gewalt gegen unsere Kolleg(inn)en wird nicht über Nacht wieder verschwinden. Hier bedarf es einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung. Doch Möglichkeiten zur Milderung der Auswirkungen dieser Gewalt und zur Vermeidung langfristiger psychischer Schäden gibt es schon heute. Man muss nur willig sein, diese auch schnell umzusetzen. Als Gewerkschaft können wir dies nicht bewerkstelligen. Hier ist der Dienstherr gefragt! Aber unterstützen werden wir diesen Prozess gerne und auch

die Erfahrungen unserer Kolleg(inn)en aus dem Dienstalltag einbringen.

► Wer will noch den Polizeiberuf ergreifen?

Unsere Kolleginnen und Kollegen erhalten zunehmend mehr Aufgaben, andererseits steigt der Krankenstand, ausgefallene Kolleg(inn)en müssen er-

setzt werden und ausreichend Nachwuchs gibt es auch nicht.

Immer weniger junge Menschen entscheiden sich für den Polizeiberuf. Verstehen kann man das durchaus. Hört und liest man in den Medien, was unsere Kolleginnen und Kollegen im Dienstalltag erleiden müssen, so ist das durchaus verständlich. Wer will eine be-

rufliche Zukunft, in der man in erster Linie Anfeindungen, Gewalt und körperlichen Schäden ausgesetzt ist? Hinzu kommt der mangelnde Rückhalt in der Politik. Ganz zu schweigen von offenen Anfeindungen, welche aus einigen politischen Kreisen immer wieder zu vernehmen sind. Von solch einer Zukunft träumen wohl die allerwenigsten.

Sollte es hier keine schnelle und radikale Wende geben, wird der Polizeiberuf bald zu den aussterbenden Berufen zählen. Oder es werden vermehrt Menschen angezogen, welche gewaltaffin sind. Dann haben wir wirklich ein Polizeiproblem, wie man es auch in anderen Ländern beobachten kann. ■

Findungskommission soll DPoIG für zukünftige Aufgaben fit machen

Im Dezember vergangenen Jahres fand die erweiterte Hauptvorstandssitzung unseres Landesverbandes statt, bei der auch der Finanzplan für das kommende Jahr beschlossen wurde.

Besondere Beachtung fand ein Antrag, welcher durch die Kreisverbände Jena und Saalfeld eingebracht wurde. Ziel des Antrages ist es, in erster Linie die DPoIG in Thüringen fit für die zukünftig anstehenden Aufgaben zu machen. Dies sowohl personell als auch inhaltlich. Bis zum kommenden Landesdelegiertentag sollen so die Weichen für die Arbeit in den kommenden Jahren gestellt werden. Damit dies nicht in einer kleinen Gruppe geschieht, sondern auch die Anliegen und Bedürfnisse der Kreisverbände Berücksichtigung finden, ist es vorgesehen, dass jeder Kreisverband eine Kollegin, beziehungsweise einen Kollegen zur aktiven Mitarbeit in die Kommission entsendet.

Dabei geht es einerseits um die Neustrukturierung des Landesvorstandes und der Landesleitung, aber auch um die Schaffung der hierfür notwendigen Voraussetzungen in unserer Satzung, deren Änderungen natürlich erst durch den Beschluss des Landesdelegiertentages wirksam werden.



► Einstimmig wurde durch den Hauptvorstand die Einsetzung einer Findungskommission beschlossen.

► Junge Kolleginnen und Kollegen sollen für die Gewerkschaftsarbeit gewonnen werden

Nach Aussagen unseres Landesvorsitzenden Jürgen Hoffmann sollte ein wesentliches Augenmerk auf die Gewinnung junger Kolleginnen und Kollegen gelegt werden. Dies ist uns bei den Einstellungen in diesem und im vergangenen Jahr bereits gut gelungen. Wichtig ist neben der reinen Mitgliedschaft in unserer Gewerkschaft aber auch die Bereitschaft, sich zukünftig aktiv in die gewerkschaftliche Ar-

beit einzubringen. Denn gewerkschaftliche Arbeit ist nur dann effizient, wenn ein aktiver Rückhalt im Kollegenkreis vorhanden ist.

Dafür ist es ebenso notwendig, ein den zukünftigen Herausforderungen angepasstes Leitbild zu erarbeiten. Dieses kann jedoch nicht quasi von „oben“ vorgegeben, sondern muss insbesondere auch von den Kreisverbänden getragen werden. Dies auch deshalb, da die DPoIG in Thüringen bundesweit als einziger Landesverband unabhängige Kreisverbände hat.

► Ziel und Aufgabe der Kommission müssen ausformuliert werden

Eine der ersten Aufgaben der Findungskommission wird darin bestehen, das Ziel und die Aufgaben dieser konkret zu formulieren. Dabei stehen nicht nur die innergewerkschaftliche Struktur, sondern auch die aktive Außenwirkung zur Debatte.

Ein wesentlicher Punkt ist dabei die fortgesetzte Einbindung in Gesetzgebungsverfahren, wie dies aktuell schon der Fall ist. Ebenso müssen die Aufgaben der Gremien neu präzisiert und zukünftigen Anforderungen angepasst werden. Dies gilt für die Mitarbeit in gewerkschaftlichen Gremien, wie für die aktive Teilhabe in politischen Arbeitsgruppen gleichermaßen.

► Chris Pfeifer mit der Leitung beauftragt

Durch den Landeshauptvorstand wurde Kollege Chris Pfeifer mit dem Aufbau und der Leitung der Findungskommission beauftragt. Sofern dies nicht bereits geschehen ist, wird er mit allen Kreisverbänden direkten Kontakt aufnehmen. Jedoch können sich die Kreisverbände auch direkt unter der Mailadresse SLF@DPoIG-Thuringen.de mit Fragen und Anregungen an ihn wenden. ■

Bernd Ahlgrimm zukünftiger Ansprechpartner in der API

Von Beginn an stand Thomas Czerwensky als Ansprechpartner und Vorsitzender dem Kreisverband der Autobahnpolizeiinspektion vor. Sein Engagement wurde von den Kolleginnen und Kollegen geschätzt und er oft in gewerkschaftlichen Angelegenheiten um Rat sowie Unterstützung gebeten.

Gerne hätte er diese Aufgabe auch weiterhin ausgefüllt. Doch bedeutet zusätzliches gesellschaftliches Engagement auch immer eine Mehrbelastung im ohnehin nicht leichter werdenden Dienstalltag. Wenn der Körper entsprechende Warnsignale sendet, sollten diese nicht ignoriert werden. So entschied sich Kollege Czerwensky dafür, den Vorsitz des KV der API abzugeben und die Nachfolge geordnet zu regeln.

Dafür sowie für seinen langjährigen Einsatz für unsere Gewerkschaft möchten wir Thomas Czerwensky unseren besonderen Dank aussprechen.



➤ Jürgen Hoffmann dankt Kollege Czerwensky für sein langjähriges gewerkschaftliches Engagement.

➤ Erfahrener Gewerkschafter als Nachfolger

Mit Bernd Ahlgrimm ist es gelungen, einen erfahrenen Ge-

werkschafter als Nachfolger für die Leitung des Kreisverbandes zu finden. Kollege Ahlgrimm kennt die Polizei mit allen ihren Facetten. 1987 fand er den Weg zur Polizei. Dort war er zunächst als Meister der VP in der Dienstgruppe Streifendienst tätig. Auf eigenen Wunsch ließ er sich 2003 zur VPI Suhl versetzen. Seit 2013 ist er in der API/APS Süd im ESD tätig.

Kollege Ahlgrimm ist seit fast 20 Jahren Mitglied in unserer Gewerkschaft. Seit Dezember letzten Jahres folgte er Kollege Czerwensky ebenfalls im ÖPR und engagierte sich seitdem als Stellvertreter im ÖPR der API. Seine gewerkschaftlichen Erfahrungen wird er auch in seine Arbeit als Vorsitzender des Kreis-



➤ Bernd Ahlgrimm

verbandes einbringen. Dabei sieht er folgende Schwerpunkte als besonders dringlich an:

- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Kollegen und dem Personalrat
- optimale Aus- und Fortbildung
- Personalmangel in der Thüringer Polizei
- prüfungsfreien Aufstieg ermöglichen

Für seine Tätigkeit wünschen wir Kollege Ahlgrimm viel Erfolg. ■

© Privat

Wechsel an der Spitze der DPoIG-Jugend in Thüringen

Natalie Riese ist die neue Landesjugendleiterin

Drei Jahre stand Doreen Maniura an der Spitze der JUNGEN POLIZEI innerhalb der DPoIG Thüringen und koordinierte als Landesjugendleiterin die Arbeit der JUNGEN POLIZEI in unserem Landesverband. Für das gezeigte Engagement möchten wir Kollegin Maniura unseren Dank aussprechen.

Auf eigenen Wunsch verließ Doreen Maniura im vergangenen Herbst die Thüringer Polizei und wird zukünftig als Lehrerin an einer Erfurter Schule tätig sein.

Natürlich galt es, schnellstmöglich die Nachfolge zu regeln. Es sollte ja auch ein Kollege oder eine Kollegin gefunden werden, welche sich diese sicherlich nicht

immer einfache Aufgabe zutraut und langfristig etwas bewegen möchte. Mit Natalie Riese haben wir eine engagierte Kollegin gefunden, welche sich diese Aufgabe zutraut und sich darüber hinaus auch auf neue Herausforderungen freut.

Welche konkreten Vorstellungen Kollegin Riese hat und wie sie die Jugendarbeit in Thüringen konkret gestalten will, darüber werden wir in einem In-

terview im kommenden POLIZEISPIEGEL berichten.

In jedem Fall will Natalie Riese Ansprechpartnerin für alle jungen Kolleginnen und Kollegen in unserem Landesverband sein und ist ab sofort unter der Mailadresse Jugend@DPoIG-Thuringen.de zu erreichen.

Für ihre Aufgabe wünschen wir Natalie schon jetzt viel Erfolg! ■